

# Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: G. v. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altsadt

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit dem wöchentlichen Beleggen „Nach der Arbeit“ und „Wolk und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schreibleitung: Weißnerplatz 10, Telefon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Weißnerplatz 10, Telefon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 20 mm breite Nonpareilzeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Reklamzeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietsuche 40 Proq. Rabatt. Für Briefverbreitung 10 Goldpf.

Nr. 92

Dresden, Donnerstag den 17. April 1924

35. Jahrg.

## Drei Hauptschuldige

Von Hermann Krähig

Deutschpöhlische und Deutschnationale, nur im Namen unterschiedlich, im reaktionären Wesen aber völlig gleich, schreiben jetzt durchs ganze Land, die Sozialdemokratie sei Schuld am Unglück Deutschlands. In Wahrheit sind sie es. Wir wollen heute einmal drei Hauptschuldige herausgreifen, um einen kleinen Ausschnitt aus ihrer Tätigkeit im Kriege zu zeigen, daß sie nicht die Wahl in den Reichstag, sondern ein schweres Strafgericht des Volkes verdienen.

Ludendorff, Dr. Reichert und Dr. Helfferich — alle drei sind deutschpöhlische „Größen“, die zum Reichstag kandidieren. Dr. Reichert ist Geschäftsführer des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, ist Spitzenkandidat der Deutschen Volkspartei in Düsseldorf und einer der raffigierigsten Eroberungspolitiker in Deutschland. Diese drei haben das Lebensglück des deutschen Volkes mit vertriebt. Sie waren die Hauptmänner des Erdölprinzips, an dessen Ende das deutsche Reich stand. Trotzdem der Krieg nach den ersten Wochen schon für Deutschland verloren war, setzten sie die ganze Erziehung Deutschlands auf das Spiel, um den Eroberungskrieg für die Stahlindustriellen zu erlangen.

Der verlorene Generalstabchef v. Mollath schrieb am 3. September 1914 bereits an seine Frau: „Mit den Österreichern geht es schlecht.“ Und am 9. September 1914 an die gleiche Adresse über die Kämpfe an der Westfront: „Es geht schrecklich. Die Kämpfe im Osten von Paris werden zu unseren Ungunsten ausfallen. Die eine unserer Armeen muß zurückgeben, die andere werden folgen müssen. Der so hoffnungslos begonnene Krieg wird in das Gegenteil umschlagen. — Wir müssen erziehen in Ost und West. — Und wie werden wir zu sahen haben, für alles, was geschieht.“

Am 28. September 1914 war die große Marneeschlacht verloren; die deutsche Westarmee weit zurückgedrängt. Dem deutschen Volke aber unter Führung der Kriegsführung jene Niederlage, die den Krieg für Deutschland entscheidend ungünstig wendete. — Sieben Jahre später schrieb der ehemalige deutsche Kronprinz in einem vom 15. Oktober 1921 datierten Briefe an den Professor Jörn in Bonn:

„Bereits nach der Marneeschlacht 1914 habe ich einen feststehenden Satz nicht mehr für möglich gehalten.“

Er will daher ständig auf Frieden gedrängt haben und sagt, daß noch 1917 eine Möglichkeit bestanden habe, Deutschland heimlich aus dem Kriege herauszubringen; die politische Leitung habe aber die Friedensmöglichkeiten nicht ausgenutzt.

1917 hatte der Papst eine Friedensvermittlung unternehmen. England war damals zum Frieden geneigt, wenn Belgien wiederhergestellt würde. Das hintertrieb Ludendorff. Ludendorff sandte am 15. September 1917 an den damaligen Reichskanzler Dr. Michaelis, den er völlig an der Spitze hatte, eine Denkschrift, in der er über seine Eroberungsabsichten in Belgien folgende Pläne entwarf:

„Wir müssen das Gebiet zu beiden Seiten der Maas und Südwärts bis St. Vith fest in unsere Hand behalten. Daher sehe ich nur in der Einverleibung durch das Deutsche Reich das Mittel, dies zu erreichen. ... Der Rest der Maaslinie allein genügt nicht, um dem Industriegebiet die erforderliche Sicherheit zu geben. ... Das kann nur dadurch geschehen, daß Belgien wirtschaftlich so eng an uns angeschlossen wird, daß es auch seinen politischen Anschluß an uns sucht. Aber ohne starken militärischen Druck — längere Okkupation — und ohne Beschränkung von Rüstung wird das nicht ins Werk zu setzen sein.“

Und Hindenburg legte der Denkschrift ein Begleitschreiben bei, in dem er sagte, daß er, wenn auf die flandrische Küste verzichtet werden sollte, mit General Ludendorff Kompensationen in Stützpunkten in- und außerhalb unseres Kolonialreiches sehe.

Einige Monate später sandte Dr. Reichert im Auftrag des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller und des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute eine streng nationale Denkschrift an die Reichs- und Oberste Heeresleitung. Sie trägt den Titel:

„Zur Einverleibung der französisch-lothringischen Eisen-erzbecken in das deutsche Reichsgebiet.“

Die Denkschrift fordert auf 20 Druckseiten, den Krieg völlig in den Dienst der Schwerindustrie zu stellen, um — neue Kriege erfolgreich führen zu können. Der Schlußsatz der Denkschrift zeigt, daß Dr. Reichert die ganze Welt erobern wollte. Er lautet:

„Unser Staatsmänner, die beim Friedensschluß das Wohl des Deutschen Reiches mitbestimmen, tragen die Verantwortung dafür, daß der kommende Friede alle die für unser Leben, für unsere Volkswirtschaft und Beherrschung notwendigen fremden Gebiete dem deutschen Reichsgebiet einflügt.“

Durch maßlose Eroberungslust verhinderten also die Ludendorff und Dr. Reichert den Frieden, und Dr. Helfferich, als Reichskanzler, leitete die nötigen Handlungsgeschäfte. Herr Dr. Helfferich hat nach dem Zusammenbruch der Eroberungspolitik auch ein Gedächtnis über den Weltkrieg geschrieben, und daraus geht hervor, wie er gegen sein besseres Wissen Aktionen empfahl, die zum Verderben des deutschen Volkes führten und führen mußten. In dem Erinnerungsbuch sagt er:

„daß es ihm (von 1915 ab) ein geradezu verhängnisvoller Fehler erschienen sei, es wegen des U-Boot-Krieges zum Bruch mit Amerika kommen zu lassen; auch habe er es für unmöglich gehalten, daß England nach sechs oder acht Monaten wegen Frachtraummangels nicht mehr in der Lage sein werde, weiterzukämpfen.“

Ueber die Unterhöhlung unserer Wirtschaft durch die Blockade sagt er:

„Wir mußten vom Ende des Jahres 1916 an mit einem kaum auszubehaltenden allmählichen Verfalligen auch unserer letzten neutralen Bezugsquellen ernstlich rechnen.“

Trotzdem also Helfferich wußte, wie schlecht es wirtschaftlich um uns stand, und wie verhängnisvoll es für Deutschland werden würde, wenn es wegen des U-Boot-Krieges zum Bruch mit Amerika kam, hat er Ende Januar 1917 mitgeteilt, dieses Verhängnis herbeizuführen. Er, dem die Warnungsbriefe des deutschen Botschafters in Washington, Grafen Bernstorff, bekannt waren, trat am 31. Januar 1917 in einer flammenden Rede im Hausparlament des Reichstages dafür ein, daß der U-Boot-Krieg geführt würde.

Der Sozialdemokrat Dr. David wies sich noch einmal in einer geradezu erschütternden Rede dem anrollenden Verhängnis entgegen. Er sagte, daß nun der letzte neutraler Staat von Bedeutung in diesem Weltunglück auch noch gegen uns aufstehen werde. Amerika mit seinen frischen militärischen Kräften, seiner starken Finanzkraft und kolossal entwickelten Kriegsmitteltechnik werde Deutschland völlig auf die Knie werfen. Jahrzehntelanger völliger Ruin Deutschlands werde folgen. Er verlangte im Namen der Sozialdemokratie das Aufgeben des U-Boot-Krieges und Amerika zum Friedensvermittler.

Aber Helfferich und seine Gesinnungsfreunde waren taub für alles, was nicht rücksichtsloser U-Boot-Krieg war. Das Verhängnis nahm den Lauf, wie ihn der Sozialdemokrat Dr. David vorausgesehen hatte. Amerika trat in den Krieg. Der deutsche Gesandte Graf Bernstorff kam aus Amerika zurück und Ludendorff freuzte ihn wegen seiner Bemühungen, in Amerika zum Frieden zu kommen. Bei einer Zusammenkunft dieser zwei Männer spielte sich folgendes Gespräch ab:

Ludendorff: „Na, Sie wollten ja in Amerika Frieden machen; Sie glaubten wohl, wir seien am Ende?“  
Bernstorff: „Ich glaube nicht, daß wir am Ende seien. Aber ich wollte Frieden machen, ehe wir am Ende sind.“

## Monarchistische Minister

Die Verfassungsbrecher Jarres und Stresemann

Der Deutsche Republikanische Reichsbund, der vor kurzem Anzeige gegen die Hochverräter Jarres, Seiger und Roslow erstattete (natürlich ohne bisherigen Erfolg), hat nunmehr auch gegen den Reichsinnenminister Dr. Jarres beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich Anzeige wegen Verfassungsbrechens erhoben. Die Anzeige wird damit begründet, daß der Reichsinnenminister nach der Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes durch den Reichspräsidenten, für den Freistaat Bayern, den von der verfassungswidrigen Regierung Künling seinerzeit erlassenen militärischen Ausnahmezustand ausdrücklich anerkannt hat, obwohl die Aufhebungsverordnung des Reichspräsidenten eine solche Ausnahme nicht zugelassen hatte. Gleichzeitig hat der Deutsche Republikanische Reichsbund in einer Eingabe an den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und den händigen Ausschuß des Reichstages Beschwerde darüber geführt, daß der Reichsminister des Innern Dr. Jarres durch seine Rede auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei die Interessen der Deutschen Republik dadurch schwer schädigte, daß er sich als aktiver Minister zur Monarchie und den Herren Schwarzenberg und Seiger bekannte. Außerdem ist in dem Schreiben scharfer Protest gegen das Verhalten des Ministers Dr. Jarres eingelegt worden, der bei der Todesfeier für den gestorbenen Kämpfer Wladimir Dreyer in empfindlicher Weise die Reichsfarben Schwarzrotgold beleidigt hat und zugleich sich nach für berechtigt ansah, in ein schwebendes Verfahren gegen den Professor Ludwig Quibde öffentlich einzugreifen. Der Deutsche Republikanische Reichsbund verlangt, daß solche verantwortungslosere Handlungen, die aktive Minister unter dem Bruch ihres Regierungselbes und ihrer Amtspflichten im Parteinteresse begehen, nicht länger geduldet werden können, wenn das Ansehen der Deutschen Republik nicht geschädigt und die Interessen des deutschen Volkes nicht auf das Schwerste verletzt werden sollen.

Diese Anzeige durch den Deutschen Republikanischen Reichsbund sind recht dankenswerter. Sie werden natürlich

Ludendorff: „Ja, aber wir wollten nicht.“  
Ein Jahr später waren wir am Ende, und Ludendorff wartete dieses Ende gar nicht ab, sondern ging als Erich Lindström nach Schweden, das durch ihn ins Unglück gestürzte deutsche Volk seinem furchtbaren Schicksal überließend.

Dr. Helfferich aber notierte in seinem Gedächtnisbuch: „Den Todesstoß erhielten wir durch die Teilnahme Amerikas am Kriege.“

Am 4. Mai ein Strafgericht über diese politischen Vankrotturen und Volksverderber!

## Die deutsche Antwort

Berlin, 16. April. Die deutsche Antwortnote an die Reparationskommission hat folgenden Wortlaut: „Die deutsche Regierung beehrt sich, den Empfang der Note der Reparationskommission vom 11. April über die von den Sachverständigen ermittelten Gutachten zu bestätigen. Auch die deutsche Regierung sieht in diesen Gutachten eine praktische Grundlage für die schnelle Lösung des Reparationsproblems. Sie ist deshalb bereit, ihre Mitarbeit an dem Plane der Sachverständigen anzuschließen.“

Entscheidung durch die Repto

Paris, 16. April. (Fig. Draht.) Die Antwort der deutschen Regierung auf die Note der Reparationskommission ist am Mittwochabend durch die Kriegsausschüsse überreicht worden. Voraussichtlich wird die Reparationskommission am Donnerstag zu einer Sitzung zusammentreten, um über die weitere Behandlung der Sachverständigengutachten Beschluß zu fassen. Ueber die Art des Vorgehens bestehen in politischen Kreisen zwei Auffassungen: Die eine neigt dazu, die weiteren Entscheidungen den alliierten Regierungen zu überlassen. Das müsse dazu führen, daß zuletzt die politischen Probleme, wie die von Frankreich betriebene Frage eines Ausbaues der von den Experten vorgeschlagenen Garantien sowie der Festlegung von Sanktionen in den Vordergrund geschoben würden. In andern Lager dagegen wünscht man, daß zunächst die Reparationskommission die Vorschläge der Sachverständigen zu einem definitiven Programm bearbeite, weil dadurch eine Verständigung über die politische Seite des Problems leichter erhofft wird, indem die beteiligten Regierungen nicht mehr unverbundlichen Vorschlägen, sondern einem von der Reparationskommission sanktionierten definitiven Plan gegenüberstehen. Die französische Regierung scheint, wie bereits am Dienstag der Temps andeutete und Herr Voicars in seiner Dienstagrede sehr deutlich zu erkennen gab, diesem zweiten Weg den Vorzug geben. In unrichtigen Kreisen glaubt man, daß auch die Reparationskommission sich für ihn entscheiden wird.

Seite 14  
3%  
6%  
10%  
30 M.  
AEDS  
11790